## Reichenbach an der Fils

## Gemeinderatsdrucksache 108/2015

	wortlich: zeichen:	01.07.2 Ortsbau Laib, Ul 632.21	ıamt				Unterschrift
Beratu	ıngsgegei	nstand					
	Istraße 5,		295 che für Contai	iner-Re	eperaturen		
Ausschuss für 14.07.2015 Technik und Umwelt					öffentlich		beschließend
<b>Komm</b> Prioritä	an, M 1:500 <b>unikation:</b> t E: ./.		n	а	5	<b>⊠</b> Nein	
Finanzielle Auswirkungen							
_	estitionsma estitionsaut		)				
Ausgaben in €	Planansat üpl / apl Gesamt	Z	lfd. Jahr		Folgejahr(	e)	davon VE
Einnahmen in €	Planansat üpl / apl Gesamt	Z	lfd. Jahr		Folgejahr(	e)	

## Beschlussvorschlag:

- 1. Von der Sachdarstellung der Verwaltung wird zustimmend Kenntnis genommen.
- 2. Die Gemeinde erteilt dem vorliegenden Bauantrag das Einvernehmen nach § 36 Abs.1 BauGB.

- 3. Das Einvernehmen wird unter Berücksichtigung der folgenden Auflagen
  - 3.1 Oberflächenwasser von privaten Grundstücken ist entsprechend der Abwassersatzung der Gemeinde auf dem Grundstück schadlos zu beseitigen und darf nicht auf öffentliche Flächen abgeleitet werden. Entsprechende Entwässerungsrinnen sind herzustellen.
  - 3.2 Drainage- und Grundwasser darf nicht in die öffentlichen Abwasseranlagen eingeleitet werden.

erteilt.

## Sachdarstellung:

Beantragt wird die Nutzungsänderung der befestigten Lagerfläche hinter der Werkstatt als Fläche für Containerreparaturen auf dem Grundstück Leintelstraße 5, Flst. 2295.

Das Bauvorhaben liegt im Geltungsbereich des seit 18.01.2002 rechtskräftigen Bebauungsplanes "Leinteläcker – 1.Änderung und Erweiterung" in einem Gewerbegebiet (§ 8 BauNVO).

Gewerbegebiete dienen vorwiegend der Unterbringung von nicht erheblich belästigenden Gewerbebetrieben, § 8 Abs.1 Baunutzungsverordnung (BauNVO). Mit "nicht erheblich belästigende" sind solche Betriebe gemeint, die nicht der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung unterliegen.

Die befestigte Lagerfläche soll für Reparaturarbeiten an Containern genutzt werden wie zum Beispiel dem Aushämmern der Containerwand oder dem Flexen mit Schrubbscheiben. Eine vom Antragsteller beauftragte Schallimmissionsmessung des TÜV Süd ergab, dass die Immissionsrichtwerte für ein Mischgebiet und für ein Gewerbegebiet unterschritten bzw. eingehalten werden.

Von Seiten der Verwaltung wird vorgeschlagen dem vorliegenden Bauantrag das Einvernehmen nach § 36 Abs.1 BauGB zu erteilen.